

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Genscher gegen Polen-Teilnahme

(spk) Gegen eine Beteiligung Polens an den Verhandlungen der zwei deutschen Staaten mit den vier Siegermächten des 2. Weltkrieges hat sich Bonns Aussenminister Hans-Dietrich Genscher ausgesprochen. Die jetzt vereinbarte Zusammensetzung sei «historisch und rechtlich begründet», sagte Genscher im Deutschlandfunk. Es gebe jedoch keinen Zweifel, dass zu den Gesprächen auch Antworten auf die legitimen Interessen des polnischen Volkes gehörten.

Niederlande wollen mitreden

Die Abgeordneten des niederländischen Unterhauses haben Anspruch auf Mitspracherecht beim deutschen Einigungsprozess angemeldet. Alle Fraktionen äusserten ihre Besorgnis darüber, dass zwar die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, nicht aber die NATO und die EG in den Prozess eingeschaltet werden sollen.

Unterlagen eingereicht

Die DDR hat den Vorwurf zurückgewiesen, sich bisher nicht um die koordinierte Hilfe der Industrieländer bemüht zu haben. Entgegen Verlautbarungen aus Brüssel habe Ost-Berlin das beantragte Memorandum mit Vorschlägen für mögliche Hilfsmassnahmen rechtzeitig übermittelt. Vertreter der 24 beteiligten Industrieländer beraten am Freitag über eine Ausweitung der Hilfsaktionen, die bisher auf Polen und Ungarn beschränkt sind.

Mutmasslicher Agent gefasst

In der Bundesrepublik Deutschland ist erneut ein mutmasslicher DDR-Agent gefasst worden. Der 54jährige soll versucht haben, seinen bei den amerikanischen Streitkräften arbeitenden Sohn zur Spionage für die DDR anzuwerben. Der letzte vergebliche Versuch soll im vergangenen Dezember stattgefunden haben.

Mehr Anstrengungen zur Nordseerettung

Bonn (spk/dpa) Das bundesdeutsche Parlament fordert Fortschritte bei der Rettung der Nordsee. Die Bundestagsfraktionen erwarten von der dritten Internationalen Nordseeschutz-Konferenz am 7. und 8. März in Den Haag deutliche Verbesserungen bei der Rettung dieses weiterhin mit Schadstoffen hochbelasteten Seegebiets.

Die wichtigsten Bonner Forderungen an die Konferenz in Den Haag ist nach Angaben von Umweltminister Klaus Töpfer das Ende der Einleitung von Industriemüll und Klärschlamm, die Erklärung der Nordsee zum Sondergebiet mit dem Verbot, Öl- und Chemikalienabfälle abzulassen, sowie die Festlegung von Mindeststandards für Kläranlagen. Ausserdem soll die Einleitung gefährlicher Stoffe - 37 sind namentlich aufgeführt - bis 1995 um 50 Prozent verringert werden.

FORTSCHRITTLICHE COMPUTERTECHNOLOGIE IM OPTIMALEN KOSTEN-NUTZEN-VERHÄLTNISS VOM FACHMANN.



COMPUTER AG

Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/20170
Grünaustrasse 25, 9470 Buchs, 085/63309

Kulturpolitik ist eine der elementarsten Staatsaufgaben

Die Regierung veröffentlichte vor einiger Zeit einen Kulturbericht - Öffentliche Diskussion über Kulturpolitik am Montag im TaK

(G.M.) - Der Kulturbericht, den die Regierung anfangs Dezember veröffentlichte, soll die Grundlage sein «für eine breite Diskussion bei den liechtensteinischen kulturellen Institutionen und Organisationen sowie in der breiten Öffentlichkeit über die liechtensteinische Kulturpolitik.» Kultur erstreckt sich nach diesem Bericht aber nicht nur auf das heimliche Erbgut, sondern sie soll von der Offenheit, von der grenzüberschreitenden Kommunikation, von der Begegnung über die Völker hinweg leben. Nach einer Bestandesaufnahme über die kulturellen Tätigkeiten in unserem Land hat sich der Kulturbericht die Zielsetzung gegeben, Schwerpunkte festzulegen und Grundsätze der Kulturpolitik zu entwickeln und zu formulieren.

«Wer von der Kultur in ihren vielfältigen Erscheinungsformen nichts weiss, kann sie für sich nicht nutzen und muss ohne die Orientierung leben, die ihm sonst die Richtung weist und Sinn geben könnte. Soweit die Menschen dazu nicht selbst imstande sind, liegt es an Staat und Gemeinden, ihnen die Möglichkeiten anzubieten, sich in der Kultur und dank der Kultur in der Welt zu bewegen, worin Vernunft, Wirtschaftlichkeit, Technik nur Bestandteile sind. So gesehen, ist Kulturpolitik eine der elementarsten Staatsaufgaben überhaupt, welche direkt mit der Entwicklung der Allgemeinheit wie des einzelnen in Zusammenhang steht.» In diesem Ausblick, wie ihn der

Kulturbericht macht, liegen verschiedene Ansatzpunkte verborgen, die in ihrer Zusammenfassung einen Überblick über die Zielsetzungen und Strategien der künftigen Kulturpolitik geben können: Vielfältige Erscheinungsformen, Rolle von Staat und Gemeinden, Staatsaufgabe.

Umfang und Einschränkungen

Der Kulturbericht hätte eigentlich schon viel früher erscheinen sollen, denn bereits 1980 veröffentlichte die Regierung einen Bericht als Vernehmlassungsentwurf, aus dem ein Kulturbericht entstehen sollte. Das Vernehmlassungsergebnis wurde unter dem damaligen Ressortinhaber für Kultur, Regierungschef Hans Brunhart, nicht verwertet, die Herausgabe des versprochenen Berichtes auf die lange Bank geschoben. Nachdem Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille das Ressort Kultur übernommen hatte, wurde erneut eine Vernehmlassung durchgeführt und im vorliegenden Kulturbericht deren Ergebnisse berücksichtigt. Mit diesem Bericht möchte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille eine Bestandesaufnahme der staatlichen und kommunalen Kulturförderung vornehmen und Zielsetzungen sowie Schwerpunkte und Grundsätze einer liechtensteinischen Kulturpolitik entwickeln und formulieren. Die Notwendigkeit einer Bestandesaufnahme ergibt sich nach dem Kulturbericht aus dem «vielfältigen Zusammenspiel privater Initiative

und staatlicher wie kommunaler Förderung.» Allerdings beschränkt sich der Kulturbericht in seinen Aussagen weitgehend auf die Kulturzweige, die staatlich gefördert werden - was jedoch die überwiegende Mehrheit sein dürfte.

Rolle von Staat und Gemeinden

Die Bestandesaufnahme, wie sie der Kulturbericht vornimmt, macht ein grosses Engagement sowohl in ideeller wie in finanzieller Hinsicht auf den verschiedensten kulturellen Gebieten deutlich, heisst es als Ergebnis im Kulturbericht: «Man kann feststellen, dass das kulturelle Leben in Liechtenstein rege und aktiv sich darstellt und sowohl von der staatlichen Förderung her als auch vom Einsatzwillen vieler beteiligter Akteure offensichtlich den Zielsetzungen der offenen kulturellen Aktivitäten für alle recht nahe kommt.» Mit der Vielfalt der kulturellen Betätigungen ergibt sich auch eine Vielzahl von Organisationsformen. Der Kulturbericht unterstreicht in diesem Zusammenhang die Richtigkeit des Subsidiaritätsprinzips, wonach Staat und Gemeinden nur fördernd eingreifen, was sich sowohl zur Weckung von Privatinitiativen als auch zur Förderung entsprechender kultureller Aktivitäten auswirkt: «Der Staat greift insbesondere dort fördernd ein, wo kulturelle Betätigung nur auf Grund eines erhöhten finanziellen und personellen Aufwands möglich ist, so vor allem auf dem Gebiete von Ausstellungen und Ausbildungsstätten oder dort,

wo bauliche Voraussetzungen für eine kulturelle Betätigung gegeben sein müssen.»

Kultur als Staatsaufgabe

In einem gesonderten Kapitel geht der Kulturbericht auf die Aspekte von «Staat und Kultur» ein, um den Bezugsrahmen und das Umfeld für die staatlichen Tätigkeiten im kulturellen Bereich zu schaffen.

Aus der Verfassung ist nach dieser Darstellung kein spezieller Kulturauftrag für das staatliche Gemeinwesen herauszulesen, doch lässt sich gemäss diesen Ausführungen ein Kulturauftrag des Staates ableiten. Kultur wird nicht nur als Instrument verstanden, das Staatsbewusstsein zu fördern, sondern auch in einen Bezug mit der Aussenpolitik gestellt: «Die Kultur schlägt Brücken über Grenzen, öffnet den Zugang zu fremden Völkern und verbindet die Menschen.» Ausgehend von der Tatsache, dass es in unserem Land eine grosse Vielzahl von kulturellen Aktivitäten gibt und ein hochentwickeltes Kulturleben anzutreffen ist, spricht sich der Kulturbericht dafür aus, diese kulturelle Reichhaltigkeit in den nächsten Jahren noch vermehrt nach aussen zu tragen: «Auswärtige Kulturpolitik ist eine der modernsten Formen der Aussenpolitik, weil sie Dialog, Austausch und Zusammenarbeit zwischen den Völkern fördert.»

Mehr über den Kulturbericht im Innern der heutigen Ausgabe.

Der Planungsspielraum der Gemeinden wird erweitert

Revision des Baugesetzes - Regierung schickt Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung

(pafl) - Die Regierung hat den Entwurf zu einer Revision des Baugesetzes den interessierten Kreisen zur Prüfung und Stellungnahme unterbreitet. Zusätzliche Exemplare des Vernehmlassungsberichtes können bei der Regierungskanzlei in Vaduz bezogen werden. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 15. Mai 1990.

Gemäss der Regierungsvorlage soll die Kompetenz des Baubewilligungsverfahrens vollumfänglich den Gemeinden übertragen werden. Im Rahmen der allgemeinen baugesetzlichen Bestimmungen können die Gemeinden künftig in begründeten Fällen Ausnahmen von der Gemeindebauordnung bewilligen, ohne hierfür die bisher erforderliche Zustimmung der Regierung einzuholen.

Baubewilligungsverfahren

Nach Auffassung der Regierung sind die Gemeinden in der Lage, die Gesamtkompetenz des baurechtlichen Vollzugs zu übernehmen. Ein grosser Teil der baurechtlichen Kompetenz, einschliesslich der Baukontrolle, liegt heute schon bei den Gemeinden. Grundsätzlich sind jedoch die Entscheidungskompetenzen zwischen der Landes- und Gemeindebehörde aufgeteilt. Die im Gesetzesentwurf enthaltene klare Kompetenzteilung an die Gemeindebehörde wirkt sich durch die damit verbundene Verfahrenserleichterung vor allem für Bauwillige und Architekten vorteilhaft aus.

Die langjährigen raumplanerischen Erfahrungen der Gemeinden und des Lan-

des machen es unumgänglich, dass mit der beabsichtigten Revision des Baugesetzes auch die Raumplanung des Landes rechtlich verankert wird. Ortsplanung der Gemeinden und Landesplanung des Staates sind zum unverzichtbaren Teil eines verantwortungsvollen Handelns auf Gemeinde- und Landesebene geworden. Im Rahmen des verstärkten Einbezugs der Raumplanung in das Baugesetz werden in diesem Sinne die planerischen Gemeindefunktionen mit den Landeszielen koordiniert und verknüpft.

Verdichtetes Bauen

Mit der beabsichtigten Teilrevision des Baugesetzes werden gleichzeitig auch Be-

(Fortsetzung auf Seite 2)

EG-Sondergipfel zur deutschen Frage

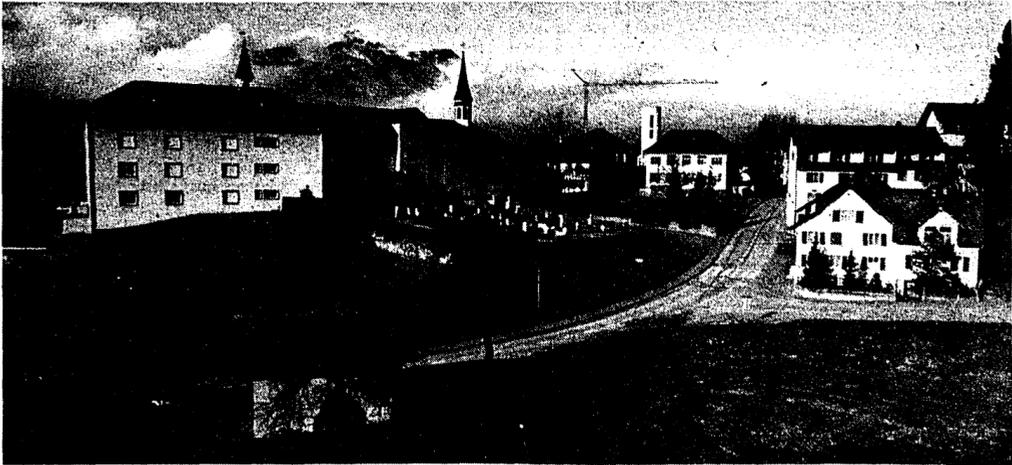
Brüssel (AP) Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft werden sich Anfang April in Dublin zu einem EG-Sondergipfel zur Frage der deutschen Einheit treffen. Das bestätigte am Freitag in Brüssel auf Anfrage ein Sprecher der irischen EG-Präsidentschaft. Schon am Donnerstagabend hatten sich der französische Staatspräsident Francois Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl in Paris für eine solche Konferenz ausgesprochen. Als erster hatte EG-Kommissionspräsident Jacques Delors zu Wochenbeginn vor dem Europaparlament in Strassburg einen Sondergipfel ins Gespräch gebracht.

Die EG reagierte damit auf die stürmische Entwicklung im deutsch-deutschen Verhältnis und die von den Aussenministern der von NATO und Warschauer Pakt in Ottawa verabredete Konferenz beider deutscher Staaten sowie der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über die Zukunft Deutschlands. Diese soll ebenfalls bald stattfinden. Der auf Anfang April festgesetzte Termin für den EG-Sondergipfel kam auf Wunsch Kohls zustande. Gegenüber Mitterrand sagte er am Donnerstagabend: «Mein Rat ist, dass der Gipfel auf alle Fälle im April in gewissem Abstand zu den Wahlen in der DDR stattfindet», um der Regierungsbildung in Ostberlin Zeit zu geben.

Ebenfalls am Freitag hat das Europaparlament in Strassburg einen Ad-hoc-Ausschuss eingesetzt, der sich mit den «Auswirkungen des deutschen Einigungsprozesses auf die Europäische Gemeinschaft» beschäftigen soll.

Schellenberg: Schulhausneubau im Mittelpunkt

VOLKSBLATT-Serie «Gemeindebudgets unter der Lupe» - Die Bauvorhaben von Schellenberg im Überblick



Das VOLKSBLATT nimmt auch heuer zu Beginn des Jahres die Gemeindebudgets unter die Lupe und erläutert die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit der einzelnen Gemeinden. In Schellenberg weist die Investitionsrechnung 1990 bei Ausgaben von 5,160 Mio. und zufließenden Einnahmen von 1,451 Mio. ein Nettoinvestitionsvolumen von 3,709 Mio. Franken aus. Die investiven Ausgaben liegen damit um immerhin 3,440 Mio. Franken über dem Kreditrahmen des Vorjahresbudgets. Den Schwerpunkt nehmen im laufenden Jahr die Hochbauarbeiten ein, die sich zur Gänze auf den Um- und Neubau der Primarschule konzentrieren und budgetmässig mit vier Mio. Franken berücksichtigt wurden. Näheres zum Voranschlag 1990 von Schellenberg auf Seite 5. Im Bild das Dorfzentrum mit dem alten Schulhausbau im Hintergrund.

PHANTASTISCHE AUS SICHT



federer

BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÜNAUSTR. 1.9470 BUCHS, TEL. 085/62818